



Faire Unternehmenssteuern statt Finanzdesaster oder Die Zitrone braucht wieder Saft

Die Botschaft aus Bern schlug – nur wenige Tage nach der Spar- und Abbaudebatte im kantonalen Parlament - dem Fass den Boden aus. Der Kanton erhält weniger Geld als angenommen (rund 37 Millionen Franken) aus dem Nationalen Finanzausgleich, unter anderem weil er sein „Ressourcenpotential“ nicht ausschöpft.

Oder anders ausgedrückt: Luzern erhält die Quittung für seine Steuerpolitik der vergangenen 15 Jahre.

Was war einst die Absicht? Mit seiner Steuerstrategie wollte der Kanton bei den oberen Einkommen und Vermögen in den steuergünstigen Rängen, bei den Unternehmen gar an der Spitze sein. Alles mit dem Versprechen, dass die Steuersenkungen nicht mit Sparpaketen bezahlt werden müssen.

Es ist anders gekommen. Nicht nur, aber auch - weil die Ansiedlung neuer Unternehmen nur harzig verläuft. Wie auch der Sprecher der Wirtschaftsförderung unlängst feststellte.

In den vergangenen Jahren erlitt der Kanton zuerst die Spar- bzw. Umverteilungsprogramme „Leistungen und Strukturen Eins“ und dann „Zwei“, nun das Konsolidierungsprogramm KP 17. Die Gesamtsumme dieser drei Programme beläuft sich auf rund 500 Millionen Franken.

Oder anders ausgedrückt: Die Steuerstrategie ist gescheitert! Das leckt nun keine Geiss mehr weg, nicht einmal eine hoch-subventionierte.

Oder nochmals anders ausgedrückt: Die Zitrone ist ausgepresst, nun braucht sie wieder Saft!

Eine Korrektur ist notwendig, der Kanton braucht mehr Einnahmen. Juristischen Personen, Personen mit hohem Einkommen und Vermögen sind im Kanton steuerlich bevorteilt. Sie müssen zuerst und sofort und nachhaltig für steigende Steuereinnahmen hinzugezogen werden. Erst danach soll im Kanton über eine Steuerfusserhöhung befunden werden.

Warum gerade diese Initiative?

Die Unternehmen sind seit 2001 mehrmals bei Steuergesetzrevisionen entlastet worden, sei es durch die Reduktion der Kapitalsteuer, sei es durch die zweimalige Senkung der Gewinnsteuern, wobei der Ansatz zuerst von 4 auf 3 Prozent, und anschliessend auf 2012 nochmals halbiert wurde. Der Kanton Luzern hat damit heute – zumindest kantonal - einen Steuer-Dumping-Ansatz.

Mit den absehbaren Folgen:

1. Die Unternehmen erbrachten im vergangenen Jahr 2015 gerade noch 8.26 % des Ertrages der Staatssteuern.

Im Jahr 2006 waren es noch 14.85 % gewesen.

2. Die Belastungen für die SteuerzahlerInnen sind seit dem Jahre 2006 um 18 Prozent gestiegen, jene der Unternehmen um 32 Prozent gesunken.

Die Kapitalgesellschaften gehörten in den vergangenen Jahren zu den Hauptgewinnern der Luzerner Steuerstrategie.

Es ist folgerichtig, dass sie ihren Anteil zur Überwindung der kantonalen Finanzkrise beizutragen haben. Auch nach Annahme unserer Initiative gehört der Kanton Luzern zu den steuergünstigsten Kantonen für Unternehmen.

Hans Stutz, Kantonsrat Grüne, Mitglied Initiativkomitee